

Rezession vernichtet in den USA 8,4 Millionen Jobs

Von Viktoria Unterreiner

NEW YORK – Vom amerikanischen Arbeitsmarkt gibt es eine gute und eine schlechte Nachricht. Im Januar fiel die Arbeitslosenrate von zehn auf 9,7 Prozent und damit auf den niedrigsten Stand seit August vergangenen Jahres. Analysten hatten im Vorfeld mit einer gleichbleibenden oder eher sogar höheren Rate gerechnet. Gleichzeitig gab die Regierung bekannt, dass mehr Menschen als ursprünglich erwartet in Folge der Finanzkrise ihren Job verloren haben. Seit Ausbruch der Rezession im Dezember 2007 haben sich 8,4 Millionen Amerikaner arbeitslos gemeldet. Das ist eine Million mehr als bislang angenommen und entspricht in etwa der Einwohnerzahl der Stadt New York.

20 000 Jobs wurden im vergangenen Monat gestrichen. Im Dezember waren es sogar 150 000. Diese Zahl musste stark nach oben korrigiert werden, da die Regierung ursprünglich von 85 000 ausgegangen war. Vor allem auf dem Bau, im Transportsektor und dem Lagergeschäft sind viele Stellen weggefallen. Dass die Rate im Januar erstmals seit drei Monaten wieder in den einstelligen Bereich zurückgekehrt ist, dürfte an einigen Sonderwirkungen liegen. So haben viele Amerikaner eine befristete Beschäftigung gefunden, da die Regierung für die Volkszählung in diesem Jahr Helfer sucht.

Zählt man die Amerikaner dazu, die keine Arbeit mehr haben, aber aufgrund ihres hohen Alters oder Frustration aufgegeben haben, nach einer zu suchen, liegt die Arbeitslosenrate bei 16,5 Prozent. Auch dies ist eine Verbesserung gegenüber den 17,3 Prozent im Dezember. Ökonomen gehen davon aus, dass in diesem Jahr zwischen einer und zwei Mio. neue Stellen geschaffen werden. Dies würde allerdings nicht ausreichen, um die Arbeitslosenrate dauerhaft zu drücken. Da die Bevölkerung stark wächst, drängen in den USA immer mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt.

Chinas Wirtschaft wächst zum Jahresauftakt kräftig

SHANGHAI/PEKING – Chinas Wirtschaft nimmt nach Einschätzung von Regierungsexperten zum Jahresauftakt weiter Fahrt auf. Das Wachstum dürfte im ersten Quartal 11,5 Prozent erreichen, zitierte das „China Securities Journal“ das staatliche Informationszentrum. Eine Ursache dafür seien die staatlichen Konjunkturpakete. 2009 war die chinesische Wirtschaft um 8,7 Prozent gewachsen. Dabei hatte die Konjunktur im Jahresverlauf schrittweise angezogen: Im vierten Quartal lag der Zuwachs bereits bei 10,7 Prozent. China profitierte dabei unter anderem von den Exporten: Das Land häuft seit Jahren Handelsbilanzüberschüsse und damit Devisenreserven an. Allein 2009 wuchsen die Bestände um 453,1 Mrd. Dollar auf 2,4 Billionen Dollar an – kein anderes Land besitzt mehr Reserven als China. 71 Mrd. Dollar des Zuwachses kommen aus Wechselkursänderungen, wie die zuständige Behörde mitteilte. Im Handelsstreit mit den USA hat die Regierung in Peking hohe Strafzölle gegen aus den USA importiertes Hühnerfleisch angekündigt. Für die Einfuhr von Hähnchen müssten Importeure einen Zuschlag von bis zu 105 Prozent des Verkaufspreises leisten, teilte das chinesische Handelsministerium mit. Die USA würden Hühnerfleisch zu Dumpingpreisen auf den chinesischen Markt werfen und damit heimischen Produzenten schaden.

rtr/dpa



Der frühere Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl stellt 1989 in Frankfurt am Main Entwürfe für neue Geldscheine vor

„Ich wurde politisch überrollt“

Vor 20 Jahren fiel der Startschuss für die deutsch-deutsche Währungsunion – Ex-Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl fand das zu früh

Heute vor zwanzig Jahren, am 6. Februar 1990, traf der damalige Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl in Ostberlin mit dem DDR-Staatsbankpräsidenten Horst Kaminsky zusammen. Zur selben Zeit entschieden an diesem Dienstag in Bonn die Vorsitzenden der Regierungsparteien Kohl, Waigel und Lambsdorff ohne Pöhls Wissen, der DDR Verhandlungen über eine sofortige Währungsunion anzubieten. Ein historischer Schritt auf dem Weg zur Einheit. Als Pöhl nach dem Treffen aus dem Gebäude kam, wurde er von Journalisten belagert.

DIE WELT: Herr Pöhl, wissen Sie noch, was Sie auf den Stufen der Staatsbank gedacht haben?

Karl Otto Pöhl: Ich weiß vor allem, woran ich nicht gedacht habe: an eine sofortige Währungsunion! Das war außerhalb meiner Vorstellungskraft. Kaminsky und ich haben im Gespräch auch gar nicht über eine Währungsunion diskutiert. Es galt ja noch der Zehn-Punkte-Plan vom November 1989. Auf der Treppe vor der Staatsbank war ich jedenfalls baff und sagte, dass es eine Illusion wäre zu glauben, dass die Einführung der D-Mark in der DDR irgendwelche realen Probleme dieses Landes lösen würde. Allerdings muss ich fairerweise sagen, dass das Finanzministerium versucht hatte, mich in Ostberlin zu erreichen. Aber es gab ja noch keine Handys, das Festnetz war total überlastet. Ich war ohne mein Dienstfahrzeug in Ostberlin, in dem es ein Telefon gab. Die Rückrufbitte habe ich erst nach meiner Rückkehr nach Westberlin erhalten. Ich wurde politisch überrollt.

Sie galten von diesem Moment an als Gegner der Einheit. Zu Recht?

Pöhl: Definitiv nicht. Ich habe meine Pflicht als Bundesbankpräsident getan und die Regierung beraten. Bei diesem Verständnis gab es keine Alternative, als vor einer voranschreitenden Einführung der D-Mark in der DDR zu warnen. „Kommt die D-Mark, bleiben wir.“ Kommt sie nicht, gehen wir zu ihr“, hieß es in den Montagsdemonstrationen. Für diesen Wunsch hatte ich größtes Verständnis, aber ich wollte eine realistische Einschätzung. Das galt später auch für die heftige Diskussi-

on über den Umtauschkurs von „eins zu eins“. Alle realistischen Umtauschkurse hatten einen Sturm der Entrüstung in der DDR ausgelöst. Übrigens: Noch beim 50. Geburtstag der Bundesbank 2007 sagte Bundeskanzlerin Merkel zu mir, dass ich damals die deutsche Einheit abgelehnt hätte. Ich trage das Frau Merkel nicht nach, aber es verdeutlicht den Eindruck, der 1990 entstanden ist, auch wegen der düsteren Umstände in Ostberlin.

Wie kam es eigentlich zu dem Treffen in Berlin?

Pöhl: Herr Kaminsky und ich kennen uns aus der Zeit, als wir Finanzstaatssekretäre in den jeweiligen Ministerien waren. Deshalb war er schon in Frankfurt bei der Bundesbank gewesen. Es war ein offizieller Gegenbesuch, ich kam gerade aus den USA zurück und hatte die letzten Ereignisse nur aus der Ferne mitbekommen. Internet gab es ja noch nicht wirklich. Für mich ist es meine persönliche historische Woche, eine unvorstellbare Woche.

Was passierte in der Woche alles?

Pöhl: Am Montagmorgen, dem 5. Februar, rief mich Bundeskanzler Kohl an. Er hatte DDR-Ministerpräsident Modrow in Davos gesprochen. Der Bundeskanzler und ich hatten ein sehr langes Gespräch. Helmut Kohl berichtete mir in allen Einzelheiten, wie schlecht die Lage in der DDR sei. Ich habe dann gefragt, ob ich überhaupt nach Ostberlin fahren sollte. „Ja! Doch, doch! Fahren Sie mal ruhig“, hat er nach meiner Erinnerung geantwortet.

Und dann sind Sie gefahren?

Pöhl: Nicht direkt. Auf dem Weg nach Berlin fuhr ich über Bonn und traf mich mit Bundesfinanzminister Theo Waigel, zu dem ich ein sehr gutes Verhältnis hatte. Wir haben uns sehr intensiv unterhalten, und er hat gesagt: „Ich fürchte, die in der DDR sagen, Cobra übernehmen Sie.“ So hieß damals eine Fernsehserie. Da habe ich noch gelacht. Eine schnelle Wiedervereinigung! Ich selber habe daran in diesem Moment nicht so sehr recht geglaubt, das muss ich zugeben. Ich habe mir nicht vorstellen können, dass die DDR in die NATO aufgenommen würde und dass die Russen dem zustimmen würden. Ich habe den Minister gefragt: „Herr Waigel, soll ich denn überhaupt zu Herrn Kaminsky fahren?“ Für die kommende Woche wurde ja Herr Modrow in Bonn zu Gesprächen erwartet. „Fahren Sie mal ruhig“, hat Waigel gesagt.

Kein Wort über das Angebot einer deutschen Währungsunion?

Pöhl: Kein Wort.

Eigentlich unvorstellbar?

Pöhl: Sagte ich ja. Ich glaube aber, das haben Kohl, Waigel und Lambsdorff zu diesem Zeitpunkt selbst noch gar nicht gewusst. Das ging alles rasend schnell. Es ist aber sicher nicht falsch, darauf hinzuweisen, dass im März freie Wahlen in der DDR vor der Tür standen, die alle Politiker im Westen mit ihren Partnern im Osten gewinnen wollten.

Am Dienstagmorgen wurde ich dann vom Generaldirektor der DDR-Staatsbank an der Grenze abgeholt und war damit, wie gesagt, ohne Autotelefon. Das Finanzministerium hat dann später im Hotel Kempinski in West-Berlin eine Nachricht mit der Bitte um Rückruf hinterlassen. Mein Kommunikationsschef Manfred Körber hatte diese Nachricht irgendwie erhalten, konnte aber auch keine Klarheit mehr herbeiführen. Vor dem Gebäude der DDR-Staatsbank, im Gespräch mit den Journalisten aus der ganzen Welt, hatte ich keine Ahnung von den Geschehnissen in Bonn, die bereits durchgesickert waren. Was damals geschah, muss man wohl unter dem Kapitel des offenen Fensters der Geschichte abbuchen. Ich habe damit heute kein Problem. Aber als ich auf der Treppe stand, war ich sauer, wie der Blinde von der Farbe sprechen zu müssen.

Am Abend waren Sie dann noch in den Tagesthemen, also vor der Kabinettsitzung?

Pöhl: Wegen des überraschenden Auftritts auf den Stufen. Da wollte, ja musste ich meine Position, die der Bundesbank noch mal klarmachen. Hajo Friedrichs fragte mich, was ich von dem Vorschlag hielt. Ich sagte dann, dass ich es nicht für falsch hielt, wenn die Bundesregierung Verhandlungen darüber führen wollte, sondern dass erst viele Voraussetzungen erfüllt werden müssten, bevor man eine Währungsunion ins Auge fassen könnte. An dem Abend habe ich immer noch nicht daran geglaubt, dass die das ernst meinten in Bonn. Es war ja praktisch jeder gegen den politischen Schnellschuss: Der Sachverständigenrat hat es wenige Tage später eindringlich in einem Brief an den Bundeskanzler formuliert.

Sehen Sie das 20 Jahre später immer noch so?

Pöhl: Ökonomisch ja, politisch schwer zu sagen. Ich meine, so ist es eben gekommen. Ich weiß nicht, was passiert wäre, wenn alles anders verlaufen wäre. Die wirtschaftlichen Folgen, vor denen nicht nur ich gewarnt hatte, sind alle so eingetroffen. Aber ich denke, diese Entscheidung hat den Weg zur Einheit unumkehrbar gemacht – und dafür einen hohen ökonomischen Preis mit sich gebracht.

Am nächsten Tag, Mittwoch, den 7. Februar, war in Ihrem Beisein Kabinettsitzung, an der die Entscheidung fiel. Was haben Kohl und Waigel denn gesagt, als Sie in den Kabinettsaal dazukamen?

Pöhl: Die haben sich entschuldigt, dass sie mich nicht hatten erreichen können. Das stimmt ja auch. Formal war alles in Ordnung, da die Bundesbank dem Gesetz entsprechend vom Bundeskabinett konsultiert wurde. Der Beschluss vom Vortag, Verhandlungen über eine Wäh-



1991: Pöhl zieht eine positive Bilanz der Währungsunion. 1990 überraschte ihn – ausgerechnet nach einem Gespräch mit DDR-Staatsbankpräsident Horst Kaminsky (l.) – die Politik mit ihrem Vorstoß

rungsunion aufzunehmen, hatten „nur“ die Vorsitzenden der Koalitionsparteien getroffen: Also Kohl, Waigel und Lambsdorff.

Waren Sie verärgert?

Pöhl: Das hat mich schon geärgert. Doch ich unterstelle keine böse Absicht, wirklich nicht! Mein Gefühl sagt mir heute noch, dass sich die drei Parteivorsitzenden in letzter Minute entschieden hatten. Ansonsten hätten sie wahrscheinlich doch die Bundesbank informiert. Die offizielle Entscheidung musste natürlich mit der Bundesbank nach dem Bundesbankgesetz abgestimmt werden. In der Kabinettsitzung wurde das dann vorgelesen, Verhandlungen anzubieten. Es war ja auch gar nicht sicher, ob die DDR darauf eingehen würde.

Haben Sie an Rücktritt gedacht?

Pöhl: Ja, aber nur in der Nacht vor der Kabinettsitzung. Von Berlin war ich nach Bonn gefahren und habe im Hotel auf dem Venusberg übernachtet. Ich bin die halbe Nacht im Hotelzimmer auf und ab gegangen. So, jetzt musst Du eigentlich zurücktreten, habe ich gedacht, wenn Du so desavouiert, so lächerlich vor der Weltpresse gemacht worden bist. Da kannst Du eigentlich nicht bleiben. Aber dann habe ich überlegt: Das ist ein historischer Moment, und es versteht sich kein Mensch, wenn der Bundesbankpräsident als beleidigte Leberwurst zurücktritt. Und deswegen habe ich mir gesagt: Ich ziehe das mit durch. Vor allem lag mir ab diesem Moment daran, dass die Rahmenbedingungen stimmen mussten.

Haben Sie sich mit jemandem besprochen dann in der Nacht?

Pöhl: Nur mit meiner Frau.

Haben Sie sich in dieser Zeit durch den Zentralbankrat auch immer unterstützt gefühlt, weil Sie im Grunde zu einigen Alleingängen gezwungen waren?

Am Ende der Woche sind Sie dann als erster Bundesbankpräsident in die Bundespressekonferenz gegangen. Warum?

Pöhl: Es gab einiges klarzustellen. Zuerst, dass weder ich noch die Bundesbank gegen eine Währungsunion waren. Wir haben nur auf die Implikationen aufmerksam gemacht. Ich habe damals wörtlich gesagt, wie ich noch einmal in dem Protokoll nachgelesen habe: „Dies ist ein neues Datum (die Ankündigung der Währungsunion – die Red.), und es ist selbstverständlich, dass die Bundesbank und ich als Bundesbürger, uns verpflichtet fühlen, eine so wichtige Entscheidung der Bundesregierung loyal zu unterstützen.“ Ich hielt die Entscheidung zwar mindestens für verfrüht, aber ich habe sie akzeptiert und loyal unterstützt.

Wie hat die Zusammenarbeit zwischen Bundesbank und Bundesregierung in dieser Zeit funktioniert?

Pöhl: Wir haben sehr eng zusammengearbeitet. Herr Tietmeyer wurde freigestellt und übernahm die Währungskommission von Finanzstaatssekretär Köhler, unserem heutigen Bundespräsidenten. Jede Landeszentralbank übernahm eine Patenschaft für eine neue Landeszentralbank in den neuen Ländern. Wir haben Tag und Nacht gearbeitet, damit am 1. Juli die Geldversorgung funktionieren würde. Das war eine großartige Leistung der Bundesbank. Insofern hat das alles reibungslos funktioniert, vielleicht mit einer Ausnahme: Ich habe immer gesagt, das geht nicht ohne Steuererhöhung. Ich war da nicht der Einzige, sondern vor allem forderte dies auch der Sachverständigenrat, und ich hatte mich dem angeschlossen.

Hat die deutsche Währungsunion die europäische beflügelt?

Pöhl: Es gibt die Theorie, dass die Europäische Währungsunion nur eine Reaktion auf die deutsche gewesen sei. Das kann ich so nicht bestätigen. Ich habe als einziges deutsches Mitglied im Delors Committee die Europäische Währungsunion mit vorbereitet. Das war keine diplomatische Meisterleistung, da in dem Ausschuss das entscheidende Land nur mit einer Person vertreten war. Aber es ist ja am Ende alles gut gegangen – in Deutschland und in Europa.

Das Interview führten Siegfried Guterman und Markus Will. Guterman war lange Jahre Redenschreiber von Pöhl, Will war Redakteur der „Börsenzeitung“ und hatte über die Währungsunion seine Doktorarbeit geschrieben



Der frühere Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl: „Für mich ist es meine persönliche historische Woche, eine unvorstellbare Woche“

Anzeige

Deutschland Land der Ideen In Kooperation mit Deutsche Bank

365 Orte im Land der Ideen
Jeden Tag eine Erfolgsgeschichte aus Deutschland

Samstag:
Footbonaut, Berlin
Schüsse von Fußballern werden simuliert.

Sonntag:
Fliegende Bräute, Siegen
Die Integration von Migrantinnen unterstützen.

www.land-der-ideen.de
Mehr dazu jede Woche in der Welt am Sonntag

Medienpartner WELT GROUP

WELT ONLINE
Über den Banken ziehen wieder dunkle Wolken auf:
welt.de/banken